

schaften, der Jugendverband und der Frauenverband aktiv. So veranstaltete die Gewerkschaft der Erziehungsarbeiter in Beijing eine große Tanzparty, zu der Dozenten, Postgraduierte und wissenschaftlich-technisches Personal der Beijing- und der Volksuniversität geladen waren (GMRB, 10.6.84). Wie es dazu hieß, ist der Anteil an Ledigen über dreißig unter den Intellektuellen verhältnismäßig hoch (ebd.). Offensichtlich widersetzen sich junge Hochschulabsolventen eher als andere Jugendliche den Heiratsvermittlungsbemühungen ihrer Eltern. Zudem dürften sie durch Studium und Beruf so sehr in Anspruch genommen sein, daß ihnen wenig Zeit für andere Aktivitäten bleibt.

Nach Ansicht des Frauenverbandes ist der Anteil jüngerer Frauen bei den Unverheirateten besonders hoch. Hier greift der Frauenverband jetzt vermittelnd ein. Ihm geht es vor allem darum, Aufklärungsarbeit zu leisten gegen die traditionelle Zwangs- und Kaufehe und andere Formen der Einmischung der Familie. Zur Unterstützung junger Frauen mit Heiratsproblemen hat der Frauenverband "Aktivistinnengruppen" gegründet, die heiratswillige Frauen darin bestärken sollen, frei ihren künftigen Ehepartner zu wählen, und ihnen bei der Lösung von Problemen mit der Familie helfen sollen (GMRB, 13.6.84). Zugleich sollen diese Gruppen auch dafür sorgen, daß es für junge Leute mehr Gelegenheiten zum Kennenlernen gibt (GMRB, 13.6.84).

Von seiten der Gewerkschaft wurde ebenfalls betont, daß bessere Bedingungen für das ungezwungene Zusammentreffen von jungen Leuten geschaffen werden müßten. Auch Heiratsannoncen, die es seit einiger Zeit in der Zeitschrift des Jugendverbandes gibt, wurden als eine gute Methode für junge Leute bezeichnet, ihre Heiratswünsche selbst in die Hand zu nehmen (RMRB, 21.6.84, S.4).

Wenn die Massenorganisationen Aktivitäten entfalten, damit junge Männer und Frauen sich kennenlernen, so begreifen sie sich als "Vermittler". Freilich handelt es sich hier um eine neue Art von Vermittlung, bei der es nicht nach materiellen Gesichtspunkten geht, sondern allein um gegenseitige Sympathie. Sie wollen also die freie Wahl des Ehepartners fördern im Gegensatz zu Familienmitgliedern oder Bekannten, bei deren Vermittlungsabsichten immer mehr oder weniger Zwang, zumindest aber Verpflichtung involviert war. -st-

\*(22)

**Korrigendum**

In Übersicht 10 des Mai-Heftes von CHINA aktuell ist der Name des zusätzlich in den Ständigen Ausschuß des VI. Nationalen Volkskongresses gewählten Ma Wanqi (persönliche Schreibweise: Ma Man-kee) versehentlich verschrieben worden (C.a., Mai 1984, S.248, Zeile 17). Der 65jährige Ma Wanqi ist Präsident der chinesischen Handelskammer von Macao. Ma Wanqi ist u.a. an mehreren Gemeinschaftsunternehmen in der Wirtschaftssonderzone Zhuhai beteiligt. (Zhongguo xinwenshe, 31.5.84, nach: SWB, 5.6.84) -sch-

\*(23)

**Feier zum sechzigsten Gründungstag der Whampoa-Militärakademie**

Hohe Vertreter von Partei und Regierung der VR China begingen anläßlich des sechzigsten Gründungstages der Whampoa-Militärakademie in der Beijinger Großen Halle des Volkes am 16. Juni 1984 einen Festakt. Die Feier fand unter Vorsitz des Politbüromitglieds und Vizepräsidenten der Militärkommission der KPCh Xu Xiangqian und unter Anwesenheit zahlreicher ehemaliger Schüler der Militärakademie statt (RMRB, 17.6.84). In allen Reden (z.T. abgedruckt in RMRB, 17.6.84) wurde die seinerzeitige Zusammenarbeit zwischen KPCh und Guomindang betont, und zugleich wurde auf das Vermächtnis Sun Yatsens hingewiesen, die Wiedervereinigung des Vaterlandes zu vollenden. Auch wurde nicht versäumt, der Hoffnung auf eine erneute Zusammenarbeit mit der GMD Ausdruck zu geben. Parallelveranstaltungen fanden in Nanjing, Guangzhou, Shanghai und Fuzhou statt (RMRB, 18. und 21.6.84).

Die Whampoa-Militärakademie war 1924 von Sun Yatsen mit sowjetischer Hilfe gegründet worden mit dem Ziel, eine nationalrevolutionäre Armee zum Zwecke der Einigung Chinas aufzubauen. Zum ersten Leiter der Akademie wurde Jiang Jieshi (Chiang Kaishek) bestellt. Im Rahmen der damaligen Einheitsfront zwischen GMD und KPCh waren auch Vertreter der KPCh an der Akademie tätig, so u.a. Zhou Enlai in der Politischen Abteilung. Daß die politische Führung der VR China heute den Jahrestag der Akademiegründung feiert, zeigt, daß sie jede Gelegenheit nutzt, die historische Zusammenarbeit mit der GMD propagandistisch herauszustellen, um auf diese Weise ihre Bereitwilligkeit zu einer erneuten Zusammenarbeit mit Taiwan zu bekunden. Dies ist ein Beispiel für die Verwendung historischer Ereignisse für die aktuelle Politik. -st-

**KULTUR**

\*

\*

\* \* \* \* \*

\*(24)

**Reform der wissenschaftlich-technischen Institute nach dem Vorbild des Elektronik-Instituts Zhuzhou**

Der Staatsrat hat kürzlich Reformversuche gebilligt, nach denen wissenschaftliche und technische Institute nicht mehr Bewilligungsempfänger sein, sondern zu unabhängigen, sich selbst finanzierenden Einheiten werden sollen. Betroffenen sind vor allem Institute für angewandte Wissenschaften und technologische Entwicklung. Grundlage des neuen Systems der Wissenschaftsverwaltung ist ein Vertragssystem, das den Instituten erlaubt, mit anderen Einheiten Verträge über wissenschaftliche oder technische Projekte abzuschließen, für deren Durchführung sie bezahlt werden. Auf diese Weise sollen die Institute von staatlichen Zuwendungen unabhängig werden. Staatliche Projekte oder Projekte übergeordneter Behörden sollen allerdings Vorrang vor denen anderer Unternehmen behalten; sie werden aus speziell von den Behörden bereitgestellten Fonds für wissenschaftlich-technische Entwicklung finanziert. Über die Einnahmen, die die Institute von ihren Auftraggebern erhalten, können die Institute im Rahmen der Vorschriften selbständig verfügen.

Die Institute können eigenverantwortlich Arbeitsgruppen für die jeweiligen Projekte bilden und haben das Recht, Personal einzustellen und ungeeignete Mitarbeiter zurückzustellen. Ihre Einkünfte können die Institute selbst verwalten, wobei sie den Reinertrag nicht abzuführen brauchen, sondern zweckgebunden für den Wissenschafts- und Technikfonds, den Wohlfahrtsfonds und den Prämiensfonds verwenden müssen. Mindestens die Hälfte dieser Mittel muß in den Wissenschafts- und Technikfonds gesteckt werden. Bei hervorragenden Leistungen können die Gehälter vom Institut heraufgesetzt werden. Renten und sonstige Vergünstigungen werden entsprechend den staatlichen Vorschriften gezahlt. Für neue oder Versuchsprodukte brauchen weniger Steuern gezahlt zu werden. Außerdem räumt der Staat den Instituten, die Reformen einführen, Staatsbankkredite mit niedrigem Zinssatz ein, dergleichen die Möglichkeit, Ausrüstung, Ersatzteile usw. vom Ausland einzuführen (GMRB, 24.5.84).

Der Billigung dieser Reformversuche durch den Staatsrat war eine Tagung vorausgegangen, auf der

entsprechende Vorschläge unterbreitet worden waren (vgl. C.a., 1984/5, Ü 23). Vorbild für die Reform ist das Elektronik-Institut Zhuzhou in der Provinz Hunan, das zur Zeit als Modellinstitut große Popularität erlangt hat, zumal Ministerpräsident Zhao Ziyang die Reformen dieses Instituts ausdrücklich auf der Zweiten Tagung des VI.NVK lobend hervorgehoben hat (siehe GMRB, 23. und 24.5.84; RMRB, 25.5.84). Wie die Reformversuche im einzelnen aussehen, beschrieb die Hunaner Tageszeitung am 18.Mai 1984 (vgl. Radio Hunan, 20.5.84, nach SWB, 25.5.84): Das Elektronik-Institut Zhuzhou hatte im April 1984 nach eingehender Diskussion eine Reihe von Reformplänen formuliert. Danach wurden Verträge mit staatlichen Behörden und Verbrauchern über wissenschaftliche Projekte unterzeichnet. Für diese Projekte durften die Mitarbeiter des Instituts Arbeitsgruppen bilden, deren Leiter von der Institutsleitung eingesetzt wurden. Das Institut kann wissenschaftliches Personal von sich aus einstellen, die Gruppenleiter Arbeiter auf Vertragsbasis engagieren. Nicht benötigtes Personal wird in andere Einheiten versetzt oder kann umgeschult werden. Angestellte und Arbeiter, die sich weigern, neue Aufgaben wahrzunehmen, erhalten nur einen Mindestlohn. Nach einem Jahr erhalten solche Leute nur 80 Prozent des Mindestlohns. Der Institutsdirektor trägt für alles die volle Verantwortung. Seine Amtszeit kann verlängert werden, doch kann er jederzeit entlassen werden, wenn er sich als unfähig erweist.

Mit dieser Reform hofft man, die seit langem bestehenden Mängel an den Forschungsinstituten beheben zu können. In einem Kommentar der Volkszeitung vom 25.Mai 1984 werden als Hauptmängel im Forschungsbereich folgende Erscheinungen genannt: 1. Den Arbeiten der Forschungseinheiten fehlt die wirtschaftliche Motivation, d.h., es wird weder an die Rentabilität gedacht noch an den Bedarf der Wirtschaft. 2. Die Forschungsinstitute werden nach verwaltungsmäßigen Gesichtspunkten errichtet, wodurch es zu Doppelarbeit und Vergeudung von Kräften kommt. 3. Die Personalstruktur ist unsinnig, aufgrund mangelnder Mobilität der Mitarbeiter sind einige Einheiten über-, andere unterbesetzt. Unter diesen Umständen, so heißt es weiter, bedeute die Reform des Zhuzhouer Instituts einen Durchbruch in Hinblick auf die Reformierung des bestehenden Wissenschafts- und Techniksystems. Durch die Reform würden Forschungseinheiten und Produktionsbetriebe im Rahmen des Vertragssystems in eine neue wirtschaftliche Beziehung

treten, die es den Forschungsinstituten erlaube, aus eigenem Antrieb ihre Arbeit auf die Wirtschaft auszurichten, neue Forschungsaufgaben und Kunden zu suchen, neue Technik auf den Markt zu bringen und finanzielle Mittel für Wissenschaft und Technik einzuwerben. Zugleich fördere das neue System die Mobilität der Angestellten und Arbeiter. Selbstverständlich könne das Elektronik-Institut in Zhuzhou nicht für alle Forschungsinstitute gleichermaßen als Vorbild dienen. Doch sei jedes Institut aufgerufen, im Rahmen seiner Bedingungen und Möglichkeiten mutig Reformen in Angriff zu nehmen.

Dem Staat kommt es hauptsächlich darauf an, die Reformfreudigkeit der wissenschaftlich-technischen Institute zu steigern. Bisher scheinen Reformen, wie sie in Zhuzhou durchgeführt wurden, eher die Ausnahme zu sein. Auch Kritik an derartigen Reformen, die von offizieller Seite als "links" bezeichnet wird, scheint keine Seltenheit zu sein. Dazu sind die bestehenden Strukturen - lebenslange Beschäftigung, Abteilungsdenken, Besitzstandswahrung usw. - zu fest eingefahren. Bewegung in dieses starre System zu bringen, ist der Sinn der Propagierung des Zhuzhouer Modells. Nur durch eine Aufweicheung der festen Strukturen an den Forschungsinstituten lassen sich eine stärkere Orientierung der Wissenschaft und Technik auf die Wirtschaftspraxis hin und ein wirtschaftlicheres Arbeiten der Institute erreichen. -st-

\* (25)

#### Postgraduiertenstudium an 22 Hochschulen

In diesem Jahr nehmen insgesamt 22 Universitäten und Hochschulen Studenten zu einem Postgraduiertenstudium für den Magister oder Doktor auf. Es handelt sich um die folgenden Institutionen: Beijing-Universität, Volksuniversität (Beijing), Qinghua-Universität (Beijing), Luftfahrtakademie Beijing, Industriehochschule Beijing, Eisen- und Stahl-Institut Beijing, Pädagogische Hochschule Beijing, Hochschule für Agronomie Beijing, Medizinische Akademie Beijing, Nankai-Universität (Tianjin), Universität Tianjin, Universität Jilin, Industriehochschule Harbin, Fudan-Universität (Shanghai), Jiaotong-Universität Shanghai, Erste Medizinische Akademie Shanghai, Universität Nanjing, Universität Zhejiang, Universität Wuhan, Industrieinstitut Mittelchina, Wissenschaftlich-technische Hochschule für Landesverteidigung, Jiaotong-Universität Xi'an. Alle genannten Hochschulen sind Schwerpunkt-Hochschulen (RMRB, 10.6.84).

Postgraduiertenprogramme wurden nach ihrer Unterbrechung in der Kulturrevolution im Jahre 1978 wieder eingerichtet. Der Staat will laut Xinhua den Hochschulen, an denen Postgraduierte studieren, mehr Entscheidungsbefugnisse hinsichtlich Aufnahme von Studenten, Lehrprogrammen und Vergabe von akademischen Graden einräumen. In diesem Jahr werden insgesamt 22.000 Postgraduierte zur Erlangung des Magisters und gut 2.000 zum Promovieren neu aufgenommen (XNA, 11.6.84) -st-

\* (26)

#### Stellenausschreibungen für neue Universität

In Yantai, Provinz Shandong, soll eine neue Universität gegründet werden, für die der Grundstein bereits gelegt worden ist. Als Schwerpunkte sollen an der neuen Universität folgende Fachrichtungen vertreten sein: Nahrungsmittelindustrie, Wirtschafts- und Ingenieurwissenschaften, Architektur, Elektronik, Fremdsprachen, Seetransport und Chinesisch. Zunächst will man 3000 Leute für diese Fachrichtungen einstellen (GMRB, 31.5.84). Wenige Tage, nachdem die Guangming-Zeitung von der Universitätsneugründung berichtet hatte, erschien in derselben Zeitung in Form einer Annonce eine Stellenausschreibung für wissenschaftlich-technisches Personal für die Universität Yantai. Gesucht werden naturwissenschaftliche und sozialwissenschaftliche Fachkräfte für folgende Gebiete: Textilindustrie, Elektronik, chemische Industrie, Baumaterialien, Architektur, Wirtschaft, Recht, Fremdsprachen, Pressewesen, Agronomie, Forstwesen und Pädagogik. Daneben wird auch Verwaltungspersonal gesucht. Bewerbungsvoraussetzungen sind gute Gesundheit sowie ein abgeschlossenes Fachhochschul- oder Fachmittelschulstudium oder entsprechende berufliche Qualifikationen. Bewerben können sich Wissenschaftler und Techniker aus ganz China mit Ausnahme der entfernten Grenzgebiete (GMRB, 4.6.84).

Die Stellenausschreibung ist ein Indiz dafür, daß in die Personalpolitik Chinas Bewegung und mehr Flexibilität kommt, wobei allerdings aus den unterentwickelten Gebieten kein Fachpersonal abgezogen werden darf. Stellenausschreibungen dieser Art hat es bisher nicht gegeben. Es dürfte sich um eine der ersten öffentlichen Ausschreibungen im Universitätsbereich handeln. -st-

\* (27)

#### Jiangsu führt allgemeine Schulpflicht ein

China plant, bis zum Jahre 1990 die allgemeine Schulpflicht einzuführen. Diese ist zwar in der Verfassung schon festgeschrieben, doch in der Praxis besteht sie noch nicht, weil bisher Eltern, die ihre Kinder nicht zur Schule schicken, nicht bestraft werden. Jiangsu ist nun die erste Provinz, die tatsächlich die allgemeine Schulpflicht einführt, indem es eine Verletzung der Schulpflicht unter Strafe stellt. Am 27. Juni 1984 hat der Volkskongreß der Provinz Jiangsu zwei Verfügungen erlassen, die am 1. Januar 1985 in Kraft treten. Die erste Verfügung besagt, daß keine Einheit und keine Einzelperson Analphabeten einstellen darf und daß Analphabeten im jugendlichen und mittleren Alter lesen und schreiben lernen müssen; tun sie das nicht, werden sie nicht als Arbeiter eingestuft. Wer unter den Angestellten, Arbeitern und Lehrlingen der entsprechenden Altersgruppen nicht lesen und schreiben kann, kann nicht regulärer Arbeiter werden. Die zweite Verfügung beinhaltet, daß Eltern oder Erziehungsberechtigte verpflichtet sind, ihren Zöglingen im Schulalter eine abgeschlossene Grundschulbildung zuteil werden zu lassen. Versäumen sie es ohne Grund, ihrer Verpflichtung nachzukommen, wird eine Geldstrafe erhoben. Zugleich wurde beschlossen, den Etat für das Bildungswesen zu erhöhen (RMRB, XNA, 28.6.84).

Jiangsu gehört zu den wirtschaftlich am weitesten entwickelten Provinzen Chinas und kann es sich daher schon jetzt leisten, die allgemeine Schulpflicht zu verwirklichen. Diese läßt sich nur durchsetzen, wenn bei Vernachlässigung der Schulpflicht scharfe Sanktionen angewendet werden. Durch die neuen Vorschriften ist vor allem sichergestellt, daß junge Leute ohne allgemeine Schulbildung beruflich und damit materiell entscheidend benachteiligt sind. Bisher bedeutet eine fehlende oder mangelhafte Schulbildung nicht unbedingt einen materiellen Nachteil, zumal auf dem Lande nicht, wo es die Eltern vielfach für lukrativer halten, ihre Kinder in der Landwirtschaft mitarbeiten zu lassen, um die Erträge für die Familie zu erhöhen. Auch die Erscheinung, daß eine hohe Zahl der Schüler die Schule vorzeitig verläßt, dürfte bei Einhaltung der neuen Bestimmungen verschwinden. -st-

#### \*(28) Tibetisch als Unterrichtssprache in Tibet

Auf einer Konferenz über das Schulwesen in Tibet wurde bekräftigt, daß Tibetisch an allen Grund- und Mittelschulen Tibets

Unterrichtssprache sein solle. Dies sei vor allem deshalb nötig, um den allgemeinen Grundschulbesuch in Tibet zu fördern. Auf der Konferenz wurde verfügt, daß zumindest an den Grundschulen, die hauptsächlich tibetische Kinder unterrichten, die Unterrichtssprache Tibetisch sein müsse. An den Mittelschulen könnten zusätzlich Kurse in chinesischer Sprache durchgeführt werden (Radio Lhasa, 28.5.84, nach SWB, 4.6.84). Das Problem besteht darin, daß es zu wenig Lehrer tibetischer Nationalität gibt und dementsprechend auch die Zahl derer, die in tibetischer Sprache unterrichten können, sehr niedrig ist. Deshalb sollen jetzt verstärkte Anstrengungen unternommen werden, mehr Studenten tibetischer Nationalität an den pädagogischen Hochschulen und Seminaren studieren zu lassen.

Um das Schulwesen in Tibet zu fördern, hat die Zentralregierung beschlossen, Tibet jährlich 20 Millionen Yuan zu gewähren, damit die gut 500 vom Staat betriebenen Grund- und Mittelschulen auf dem Lande (Schulen auf Kreis- und Distriktebene) schulgeldfrei werden. Auch Unterkunft und Kleidung werden an diesen Schulen für die Schüler umsonst sein (XNA, 23.5.84) -st-

#### \*(29) Wiederbelebung von Musik und Tanz der konfuzianischen Riten

Im September 1984 sollen anlässlich des 2535. Geburtstages von Konfuzius im Konfuzius-Tempel in Qufu, dem Geburtsort des Konfuzius, alte Musik und alter Tanz, wie sie bei Opferzeremonien zu Ehren des Konfuzius üblich waren, vorgeführt werden. Dozenten und Studenten der Kunstabteilung der Pädagogischen Hochschule Qufu sind zur Zeit dabei, die Musik auf alten chinesischen Instrumenten und die Tänze zu proben. Die Tänzer werden Kostüme aus der Qing-Dynastie zur Zeit des Qianlong-Kaisers tragen. Die Dozenten und Studenten haben in den vergangenen Jahren alte Noten gesammelt und studiert, insbesondere Kompositionen aus der Yuan-, Ming- und Qing-Dynastie, die bei Erinnerungsfeiern für Konfuzius gespielt wurden. Aus historischen Quellen geht hervor, daß in Qufu jährlich gut fünfzig Opferzeremonien für Konfuzius mit Musik und Tanz abgehalten wurden (XNA, 25.5.84).

Für Konfuzius selbst spielte die Musik, aber auch der Tanz eine außerordentlich große Rolle. Sie waren Ausdruck der Harmonie zwischen himmlischer und irdischer Ordnung und Grundlage der von Konfuzius für so wichtig erachteten Riten. Daß die alte Kunst

heute wiederbelebt wird, bedeutet nicht etwa eine Renaissance des Konfuzianismus, sondern geschieht allein aus historischem Interesse. -st-

#### AUSSENWIRTSCHAFT

\*  
\*  
\* \* \* \* \*

#### \*(30) Sitzung des Politbüros über außenwirtschaftliche Öffnung und personelle Veränderungen

Einem Bericht der Beijinger Zeitung Liaowang ("Ausblick") zufolge trat das Politbüro des Zentralkomitees der KP Chinas am 30. April 1984 in Beijing zu einer Sitzung zusammen, um über die außenwirtschaftliche Öffnung von 14 Küstenstädten eine endgültige Entscheidung zu treffen (Liaowang, 11.6.84, S.9-13). Die Mitglieder des Politbüros verabschiedeten einstimmig die Zusammenfassung der Ergebnisse der Konferenz über ausgewählte Küstenstädte, die vom 26. März bis 6. April vom ZK-Sekretariat und vom Staatsrat einberufen worden war (siehe C.a., April 1984, Ü 28). Das Politbüro beschloß den weiteren Ausbau der bestehenden 4 Wirtschaftssonderzonen (WSZ), darunter die Vergrößerung der WSZ Xiamen auf die gesamte Halbinsel Xiamen, und die außenwirtschaftliche Öffnung von 14 Küstenstädten. Dort sollen einige der außenwirtschaftlichen Politiken praktiziert werden, die bereits in den 4 Wirtschaftssonderzonen Anwendung finden. So sollen die Bedingungen für Auslandsinvestitionen verbessert und die Befugnisse der 14 Städte bezüglich der wirtschaftlichen und technischen Zusammenarbeit mit dem Ausland erweitert werden.

Auf der Tagung des Politbüros wurden wahrscheinlich auch folgende personelle Entscheidungen getroffen:

- die Ernennung von Qiao Shi zum neuen Direktor der Organisationsabteilung des ZK,
- die Ernennung von Wang Zhaoguo zum neuen Direktor des ZK-Hauptbüros und
- die Ernennung von Chen Pixian zum neuen Leiter ("Sekretär") der ZK-Kommission für Politik und Recht.

(siehe hierzu die diesbezüglichen Übersichten in diesem Heft.) -sch-

#### \*(31) Deng Xiaoping über Chinas langfristigen Entwicklungsplan

Am 30. Juni 1984 machte Deng Xiaoping gegenüber einer Gruppe von japanischen Besuchern in Beijing Angaben über Chinas langfristigen